

**Fragen der BI Windkraft im Spessart – In Einklang mit Mensch und Natur e.V.
an die Bürgermeisterkandidaten für Biebergemünd (Wahltermin: 26.09.2021)**

Fragen der BI Windkraft im Spessart – In Einklang mit Mensch und Natur e.V.	Antworten von Matthias Schmitt Bürgermeisterkandidat für Biebergemünd 2021	Antworten von Simon Beck Bürgermeisterkandidat für Biebergemünd 2021
<p>Ein Hauptziel unserer BI ist das Engagement für ein lebenswertes Biebergemünd, unterstützen Sie diese Sache, wenn ja wie?</p>	<p>Biebergemünd noch lebenswerter zu machen, ist mein Kernthema. Dies muss auf vielfältige Weise geschehen und die Interessen aller Generationen berücksichtigen. Sie finden nähere Informationen auf meiner Homepage sowie auf Facebook und Instagram. Einige Punkte daraus: Stärkung der Ortskerne, Ausbau der Infrastruktur, Medizinische Versorgung, Tourismus und Gastronomie, Vereinsförderung, Attraktivierung der Spielplätze, Sicherheit und Brandschutz, Nachhaltigkeit und Umweltschutz.</p>	<p>Ein Hauptziel muss es sein, Biebergemünd lebenswert zu gestalten. Für mich gilt dies in verschiedenen Themengebieten. Zum einen muss Biebergemünd eine Vorzeigegemeinde im Bereich Wohnen, ärztliche Versorgung, Kitas und Schulen werden. Andererseits gilt es auch die verschiedenen Alleinstellungsmerkmale in Biebergemünd herauszuheben, um die Marke Biebergemünd weiter aufzubauen. Wie auch schon im Gespräch mit der Bürgerinitiative und auch auf der Podiumsdiskussion der KAB Kassel wiederholt, geht es mir vor allen Dingen darum Biebergemünd klar zu positionieren. Des Weiteren begrüße ich die Initiative des bayrischen Spessarts sich als Biosphärenreservat zu bewerben. Hier sollten wir auf der hessischen Seite anschließen. Nu so können wir auf hessischer Seite in Zukunft die gleichen Maßnahmen für den Umweltschutz leisten.</p>
<p>Windkraftanlagen (WKA) auf den Windkraftvorrangflächen 2-304 und 2-308 (Regionalplan TPEE) zerstören nicht nur den Wald und die Natur im Naturpark Spessart, sondern bedrängen auch massiv die Menschen in Bieber und Rossbach/Breitenborn/Lützel. Wie beurteilen Sie generell diese Situation?</p>	<p>Ich bin grundsätzlich kein Gegner von Windkraftanlagen, spreche mich aber dafür aus, dass die gesetzlichen Mindestabstände eingehalten werden müssen. Im Falle der Windkraftvorrangfläche 2-308 besteht hier das Problem der Einstufung des Ortsteils Lützel als Außenbereich, wogegen die aktuelle</p>	<p>Wie auch schon im Gespräch mit der BI gesagt, halte ich es für sehr unwahrscheinlich, dass die Fläche 308 entwickelt wird. Das liegt zum einen an der sehr beschränkten Größe dieser Fläche sowie ihrer extremen Insellage und selbstverständlich auch an dem durchaus bemerkenswerten</p>

	<p>Normenkontrollklage einiger Bewohner Einspruch erhebt. Auch denke ich, dass im Main-Kinzig-Kreis insgesamt bereits überproportional viele Flächen für Windkraft genutzt werden und es nun anderen hessischen Regionen obliegt, hier nachzusteuern. Der Spessart hat zudem als Naherholungsgebiet ein großes touristisches Potenzial, welches ich in Biebergemünd gerne besser ausschöpfen möchte. Dass die Vorzüge und Nachteile von Windkraft und anderer erneuerbarer Energien kontrovers diskutiert werden, ist für mich Teil der demokratischen Willensbildung. Als Bürgermeister will ich mich grundsätzlich dafür einsetzen, dass die politischen Entscheidungen auf Basis umfassender Erörterungen geschehen und alle Interessensgruppen ausreichend Möglichkeiten erhalten, ihre Positionen darzustellen.</p>	<p>Widerstand der Bürgerinnen und Bürger von Breitenborn/Lützel. Bei der Fläche 304 geht es vor allem darum mit den Nachbarkommunen in Kontakt zu bleiben, da hier nur ein kleiner Anteil der Fläche überhaupt auf Biebergemünder Gemarkung steht. Politisch muss uns aber klar sein, dass wir als Gemeinde nicht über Machtpositionen verfügen, um Bundes oder Landespolitik zu kippen.</p>
<p>Die Windkraftvorrangfläche 2-308 und Teile von 2-304 waren nicht Bestandteil des FNP Windkraft der Gemeinde, der nach einem langen gemeindeinternen Abstimmungsprozess auch vom RP genehmigt wurde. Die gesamte Gemeinde Biebergemünd ist deshalb gefordert WKA in diesem Bereich zu verhindern. Möglicherweise sehen dies Verantwortliche aus Wirtheim, Kassel und Lanzingen entspannter, da sie nicht persönlich von WKA Anlagen tangiert würden. Hier sollte aber solidarisch gehandelt werden, wie ist Ihre Meinung dazu?</p>	<p>Die Gemeindevertretung hat meines Wissens mehrheitlich beschlossen, zum jetzigen Zeitpunkt nicht rechtlich gegen den TPEE vorzugehen. Ich persönlich stehe dafür, dass die Belange aller Ortsteile Biebergemünds im politischen Diskurs als relevant eingestuft werden müssen. Von daher würde ich im Falle einer Wahl zum Bürgermeister prüfen, ob dieses Thema nochmals in den Gremien behandelt werden kann.</p>	<p>Der FNP der Gemeinde und auch der Beschluss der Gemeindevertretung nicht gegen die nicht Berücksichtigung des FNP im TPEE 2019 zu klagen, liegen in der Vergangenheit. Hier Einfluss zu nehmen ist aus heutiger Sicht kaum noch möglich, auch wenn es sehr bedauerlich ist, dass sehr viel Energie in den FNP der Gemeinde geflossen ist. Aus diesem Grund darf sich eine solche Aktion nicht wiederholen. Hier gilt es in Zukunft mit allen beteiligten besser zu kommunizieren. Ob dies in anderen Ortsteilen entspannter gesehen wird glaube ich nicht.</p>
<p>Ein großes Gebiet zwischen Bad Orb und Kassel ist noch Potentialfläche für WKA. Wie sehen Sie dazu die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden? Sollten sich nicht beide Gemeinden gemeinsam dagegen wehren? Könnte</p>	<p>Wenn sich die politischen Interessen mehrerer Kommunen decken, so besteht eine größere Chance der Durchsetzbarkeit, wenn sie gemeinsam agieren. Ich wäre gerne dazu bereit, als Bürgermeister – auch im Sinne einer guten</p>	<p>Es gilt nicht nur im Bereich der WKA, sondern generell die Zusammenarbeit und die Kommunikation zu stärken. Nur durch gemeinsame Erfahrungen können wir hier die Zukunft besser gestalten. Hervorheben möchte ich</p>

<p>hier nicht eine gemeinsame Linie gefunden werden.</p>	<p>Netzwerkpflege in die Region – gemeinsam mit Nachbarkommunen wichtige Themenfelder abzustimmen und im Bedarfsfall zu synchronisieren.</p>	<p>auch, dass ich klar dafür bin mit den Gemeinden, die auf der bayrischen Seite an Biebergemünd grenzen in Kontakt zu treten. Auch hier gilt der Erfahrungsaustausch, speziell vor dem Hintergrund der Initiative ein Biosphärenreservat aus dem bayrischen Spessart zu machen.</p>
<p>Ein Hauptproblem in Bezug auf den Regionalplan TPEE ist für Lützel die Einstufung als Außenbereich im Regionalplan. Wie sehen Sie hier die Chancen für eine Änderung? Welche Maßnahmen würden Sie hier als Bürgermeister von Seiten der Verwaltung vorschlagen?</p>	<p>Ich bin kein Experte für Regionalplanung, bin aber grundsätzlich der Meinung, dass Satzungen und Pläne den realen Verhältnissen und Begebenheiten angepasst werden sollten. Dort, wo seit vielen Jahren mehrere Menschen dauerhaft zusammenleben, wo es Internet und Straßenbeleuchtung gibt, wo eine Ortsgemeinschaft gepflegt wird usw. - dort dürfen keine weißen Flecke auf Landkarten existieren. Von daher würde ich mich als Bürgermeister zunächst darüber informieren, welche Anträge diesbezüglich in der Vergangenheit bereits seitens der Verwaltung eingereicht und mit welchen Begründungen diese vom RP abgelehnt worden sind. Danach gilt es, die politische Diskussion bzgl. der Beantragung einer weiteren Status-Prüfung anzustoßen.</p>	<p>In der Vergangenheit hat die Gemeinde Biebergemünd schon mehrmals das Regierungspräsidium in Darmstadt um Korrektur gebeten. Bei der nächsten Anpassung des Regionalplans gilt es hier wieder mit dem Regierungspräsidium in Darmstadt in Kontakt zu treten und unmissverständlich eine Änderung der Einstufung einzufordern. Nichtsdestotrotz gilt es auch hier die Bürgerinnen und Bürger sach- und fachgerecht zu informieren. Deshalb möchte ich als Bürgermeister eine Informationsveranstaltung planen, was der jetzige Status von Lützel für die Bürgerinnen und Bürger überhaupt grundlegend bedeutet.</p>
<p>Der Informationsfluss von Seiten der Gemeindeverwaltung / Gemeindevertretung in Richtung der Bürger ist stark eingeschränkt (z.B. keine Vorlagen zu Gemeindevertretersitzungen, kein Informationssystem wie z.B. Linsengericht). Welche Maßnahmen betrachten Sie hier als sinnvoll?</p>	<p>Eine gute Informationspolitik ist eines meiner Hauptziele. Dazu gehört auch, ein Bürgerinformationssystem zu installieren, das Anträge, Beschlussvorlagen und Begründungen transparent und auch für Nicht-Parlamentarier nachvollziehbar macht – freilich immer unter Berücksichtigung des Datenschutzes. Außerdem möchte ich durch eine zeitgemäße und bürgerorientierte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit frühzeitig über anstehende Termine, zum Beispiel Ausschuss-Sitzungen, informieren.</p>	<p>Die Bürgerinnen und Bürger von Biebergemünd müssen durch verschiedene Plattformen und Informationskanäle ausreichend informiert werden. Hier gilt es Newsletter zu erstellen, allgemeine Informationen über wiederkehrende Prozesse zu veröffentlichen als auch die Beschlüsse der Gemeindevertretung für jeden leicht einsehbar zu gestalten. Hier müssen analoge, aber auch digitale Medien gewählt werden. Hierzu habe ich mich schon mit dem Bürgermeister von Bad Soden Salmünster</p>

		getroffen, um von den positiven Erfahrungen dort zu lernen.
<p>Welche Chancen sehen Sie für eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Gemeindevertretung?" Unsere Bi verfügt zum Thema Windkraft und Naturschutz über ein fundiertes Fachwissen und ist in dieser Sache sehr gut vernetzt.</p>	<p>Im Zuge der letzten Kommunalwahl sind einige neue Personen in die Gemeindevertretung gewählt worden. Ich selbst bin auch jemand, der kommunalpolitisch für „frischen Wind“ steht. Wie ich oben bereits schrieb, möchte ich dafür sorgen, dass in der Meinungsbildungsphase und im politischen Diskurs alle Interessensgruppen ausreichend Möglichkeiten erhalten, ihre Positionen darzustellen. Ich denke, dass die Gemeindevertreterinnen und -vertreter diesem Ansinnen positiv gegenüberstehen.</p>	<p>Wie auch schon bei dem persönlichen Gespräch mit der BI, geht es mir vor allem darum auf die Expertise von Experten egal in welchem Bereich zu vertrauen. Externes Wissen kann in vielen Bereichen nur hilfreich sein. Das gilt auch im Bereich Windkraft und Naturschutz.</p>
<p>Die Gemeinde Biebergemünd ist leider kein Vorbild für Naturschutz / Biodiversität / Flächenverbrauch (siehe z.B. Neubaugebiet Burgwerksrain im FFH Gebiet, Genehmigung eines privaten Reiterhofs bei Lanzingen im Außenbereich, "Grüne Mitte"). Wie sieht Ihr Naturschutzkonzept für Biebergemünd aus?</p>	<p>Inwieweit das Neubaugebiet Burgwerksrain tatsächlich im FFH-Gebiet verortet ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Der Umwelt- und Naturschutz ist eine globale Herausforderung, die auf allen Ebenen gemeistert werden muss. Als Gemeinde haben wir eine Vorbildfunktion und müssen mit gutem Beispiel voran gehen. Beispielsweise sollte im Bereich „Bauen und Wohnen“ zukünftig kritisch geprüft werden, ob weitere versiegelte Flächen notwendig sind oder ob wir bessere Alternativen finden und unterstützen können, um Wohnraum zu schaffen - zum Beispiel Nutzung von Leerstand unterstützen und bereits vorhandene Infrastruktur weiterentwickeln („Innen vor Außen“). Eine Stärkung der Ortskerne ist zudem nicht nur ein umweltpolitisches Thema, sondern auch ein soziales. Des Weiteren sollte die Gemeinde für mehr Biodiversität sorgen und große Blühwiesen anlegen (nicht „klein/klein“ denken), sie sollte vermehrt auf erneuerbare Energien setzen und die Bürgerinnen und Bürger informieren und aufklären,</p>	<p>Für den Naturschutz gilt: Wir müssen in diesem Bereich den Spessart und seine Einzigartigkeit schützen. Langfristig gilt deshalb die Initiative, dass der Spessart ein Biosphärenreservat wird zu unterstützen. Kurzfristig gilt es die Artenvielfalt zu stärken. Hier sind Blühwiesen zu schaffen, um einen Lebensraum für Insekten und Bienen herbeizuführen. Die Bevölkerung ist zum Thema Umwelt- und Naturschutz besser zu sensibilisieren. Deshalb unterstütze ich die Initiative des Obst- und Gartenbauverein Lanzingen an der Kreuzung des Spessartbogens in Lanzingen einen Rastbereich mit Hinweisschildern zu errichten. Dies ist aber auch nur ein Beispiel von vielen, die folgen müssen.</p>

wie die Umwelt geschont, Energie und Wasser gespart, regenerative Energiequellen genutzt werden können. Auch gilt es, die Bürgerinnen und Bürger zu fördern, zum Beispiel beim Kauf von Photovoltaikanlagen. Vor allem steht jedoch: Wir sollten zeitnah im Rathaus eine Stelle des/der Klimaschutzbeauftragten besetzen, denn es ist jemand mit Sachverstand erforderlich, der eine Vielzahl von Umwelt- und Klimaschutzthemen voranbringt. Aus meiner Sicht wäre das auch eine Stabsstelle, die direkt dem Bürgermeister zuzuordnen ist, weil das Thema viele Bereiche betrifft: Wie können weitere Anreize für die Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden, klimabewusst zu leben? Wie können Alternativen zum Auto entwickelt werden (ÖPNV)? Wie können wir Kinder und Jugendliche sowie ihre Eltern noch mehr sensibilisieren, die Umwelt zu schützen – beispielsweise durch verschiedene Kooperationsprojekte mit den Kindergärten und Schulen. Dies lässt sich nicht nebenbei bewerkstelligen. Deshalb brauchen wir jemanden im Rathaus, der/die sich der Sache annimmt und der/die in allen Gremien dem Klimaschutz eine Stimme gibt.